

2017

Daten zur Umwelt – Umweltindikatoren Baden-Württemberg

LU:W



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Allgemeine Daten, Verkehr

Bevölkerung, Wirtschaft

	Einheit	1991	2016
Bevölkerung im Jahresdurchschnitt ¹⁾	Mill.	9,9	10,9 ²⁾
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ¹⁾	Mill. EUR	241 787	476 760
Erwerbstätige im Inland ¹⁾	Mill.	5,2	6,2

Straßenverkehr

		1991	2016 ³⁾
Pkw-Bestand	1 000	5 035	6 410 ⁴⁾
Ottomotor-Pkw ⁵⁾	1 000	4 308	4 177 ⁴⁾
Dieselmotor-Pkw	1 000	727	2 234 ⁴⁾
Pkw-Neuzulassungen	1 000	526	459
Hybrid, Gas, Elektro und sonstige Antriebe	1 000	–	10

Jahresfahrleistungen insgesamt

	Mill. km	1991	2016 ⁶⁾
Pkw	Mill. km	67 145	86 081 ⁶⁾
Lkw und Busse	Mill. km	5 714	7 259 ⁶⁾

Beförderungsleistung im Personennahverkehr⁷⁾

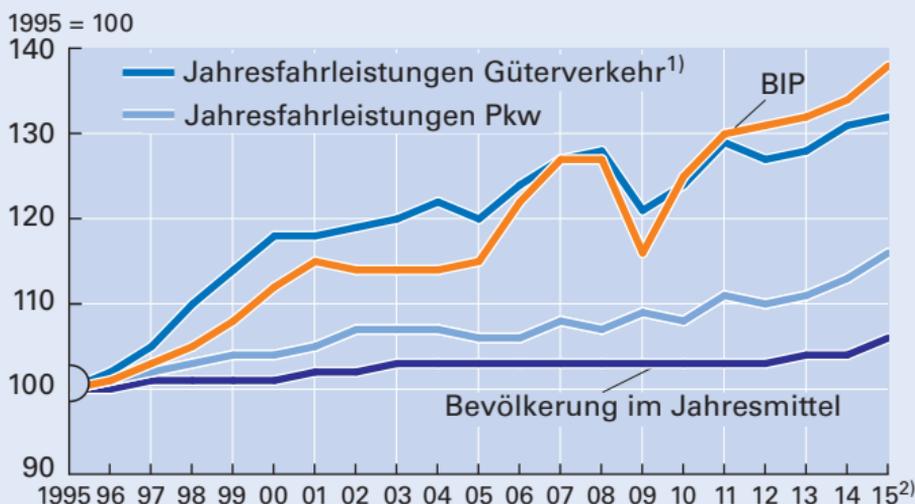
	Pkm/E	2004	2015
		1 068	1 236

Güterverkehrsaufwand⁸⁾

	Mill. tkm	1990	2013
Straßenverkehr	%	70,4	75,1
Schienen- und Schifffahrtsverkehr	%	27,3	22,7 ⁹⁾
Rohölföhrleitung	%	2,3	2,2

1) www.vgrdl.de; Berechnungsstand November 2016/Februar 2017, Einwohner Basis Zensus 2011. – 2) Einwohner zum 30.6. – 3) Ohne vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge. – 4) Wert für 2017 – 5) Einschließlich Gas und sonstige Antriebsarten. – 6) Vorläufiger Wert für 2015. – 7) 2004: Berechnung Basis Volkszählung 1987, 2014: Berechnung Basis Zensus 2011. – 8) Güterverkehrsleistung. – 9) Methodische Anpassung in der Berechnung der Binnenschifffahrt.

Jahresfahrleistungen, Bevölkerung und Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg



1) Leichte und Schwere Nutzfahrzeuge. – 2) Vorläufige Werte.

Datenquelle: Verkehrszählungsergebnisse der Landesstelle für Straßentechnik Baden-Württemberg und Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes.

Ziel: Die Vermeidung von motorisiertem Verkehr ist ein Kernpunkt nachhaltiger Mobilität – neben der Verlagerung auf den ökologisch sinnvollsten Verkehrsträger, der besseren Vernetzung der Verkehrsströme und der umweltverträglicheren Gestaltung des motorisierten Verkehrs.

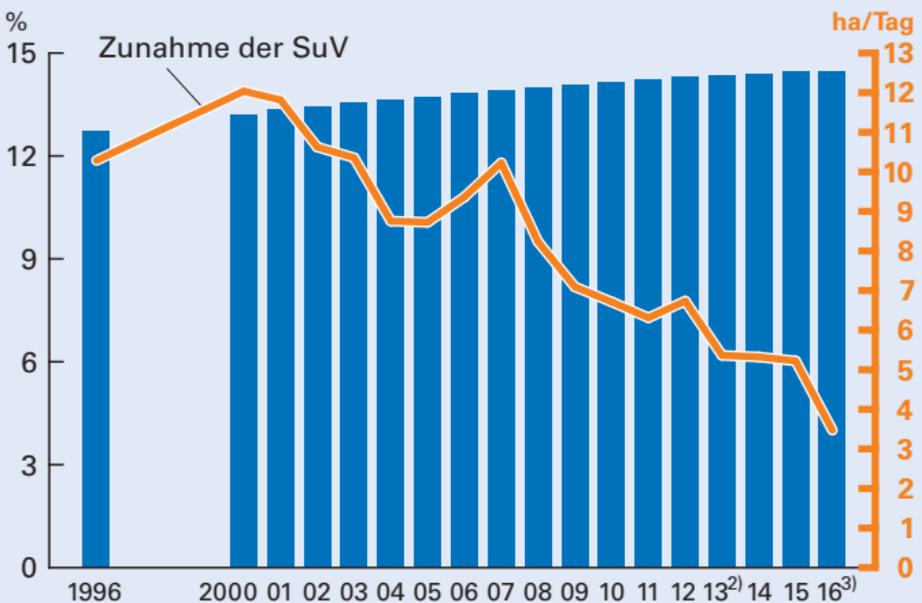
Trend: Die Zunahme des Pkw-Verkehrs um 16 % seit 1995 übersteigt das Bevölkerungswachstum im selben Zeitraum um mehr als das Doppelte. Noch deutlicher fällt der Anstieg des Güterverkehrs aus, der seit 1995 um über 30 % zunahm.

Flächennutzung, Natur und Landschaft

	Einheit	1996	2016
Gesamtfläche (GF)¹⁾	1 000 ha	3 575	3 575
Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)¹⁾	% der GF	12,7	14,5
Verkehr	% der SuV	41,2	38,2
Wohnbaufläche	% der SuV	25,8	29,4
Industrie- und Gewerbefläche	% der SuV	11,5	13,9
Sport-, Freizeit- u. Erholungsfläche, Sonstige	% der SuV	21,5	18,6
Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	ha/Tag	10,2	3,5
Wald¹⁾	1 000 ha	1 341	1 353
Waldzustand: Anteil deutlich geschädigter Bäume	%	35	36
Landwirtschaft¹⁾	1 000 ha	1 696	1 619
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	1 000 ha	1 475	1 416
Fläche mit ökologischer Landwirtschaft ²⁾	% der LF	3,0	10,7
		1992	2016
Schutzgebiete (teilweise überlappend)			
Nationalpark	% der GF	–	0,3
Naturschutzgebiete	% der GF	1,4	2,4
Bannwälder	% der GF	0,2	0,3
FFH-Gebiete ³⁾	% der GF	–	11,6
Vogelschutzgebiete	% der GF	–	10,9
Biosphärengebiet	% der GF	–	4,2
Wasserschutzgebiete	% der GF	14,8	26,6

1) 2016 Umstellung auf die neue ALKIS-Nomenklatur. Zurückliegende Jahre auf ALKIS umgerechnete Daten. Summe aus Siedlung (ohne Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube, Steinbruch) plus Verkehr. Jeweils zum 31.12. des Jahres. – 2) Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. – 3) Schutzgebiete nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU.

Flächenverbrauch*) – Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) und Anteil an der Landesfläche¹⁾ –



*) Umwidmung land-/forstwirtschaftlich genutzter Flächen hin zu siedlungsbezogener Nutzung. – 1) 2016 Umstellung auf die neue ALKIS-Nomenklatur. Zurückliegende Jahre auf ALKIS umgerechnete Daten. Summe aus Siedlung (ohne Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube, Steinbruch) plus Verkehr. Jeweils zum 31.12. des Jahres. – 2) Mittelwert aus 2012/2014. – 3) Siehe Trend.

Ziel: Flächeneffiziente Siedlungsentwicklung gewinnt durch die Bevölkerungsentwicklung zunehmende Bedeutung. Daher ist es Ziel, vor Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbeflächen im Außenbereich vorrangig im Innenbereich zu entwickeln.

Trend: Die Flächeninanspruchnahme ist seit dem Jahr 2000 generell rückläufig. Für die Jahre 2013 bis 2016 bestehen wegen der Umstellung auf ALKIS Unsicherheiten, so dass die tatsächliche Entwicklung in diesem Zeitraum mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht richtig abgebildet wird.

Energieverbrauch und -produktivität

Primärenergieverbrauch

Fossile Energieträger	
Kernenergie	
Erneuerbare Energieträger	
Strom und Sonstige	

Einheit

	1991	2015 ¹⁾
TJ	1 514 777	1 415 870
%	72,6	66,3
%	24,5	17,3
%	1,9	12,3
%	1,0	4,0

Energieproduktivität

EUR/GJ	.	325,1
1991 = 100	100	147,9

Energieverbrauch der privaten Haushalte

je Einwohner²⁾

TJ	303 043	281 182
GJ	30,6	26,0

1995

2015

Stromerzeugung

Fossile Brennstoffe und Pumpspeicherwasser	
Kernenergie	
Erneuerbare Energieträger	

Mill. kWh	64 773	63 328
%	33,9	40,8
%	58,1	35,6
%	8,0	23,6

Stromverbrauch insgesamt

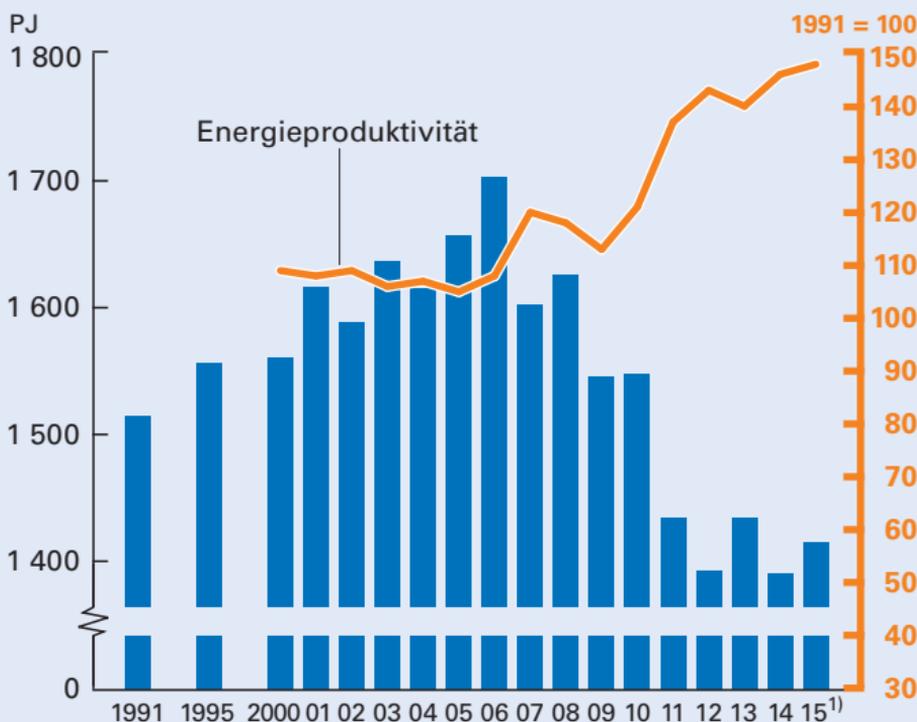
Stromverbrauch der Haushalte ³⁾	
je Einwohner ²⁾	

Mill. kWh	66 493	75 014 ¹⁾
Mill. kWh	17 273	16 679 ¹⁾
kWh	1 690	1 545 ¹⁾

1) Vorläufige Werte. – 2) Berechnung Basis Zensus 2011. – 3) Ab 2011 Haushaltskunden gemäß Energiewirtschaftsgesetz (EnWG).

Primärenergieverbrauch und Energieproduktivität

– Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zum Primärenergieverbrauch –



1) Vorläufige Werte.

Ziel: Der Primärenergieverbrauch soll in Baden-Württemberg gesenkt werden.

Trend: Der Primärenergieverbrauch nimmt seit Mitte der 2000er Jahre tendenziell ab, lag 2015 aber nach vorläufigen Berechnungen um 2,0 % über dem Vorjahreswert. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf die kühleren Wintermonate des Jahres 2015 im Vergleich zu 2014. Der Anstieg der Energieproduktivität zeigt, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Baden-Württemberg höher lag als die Zunahme des Primärenergieverbrauchs.

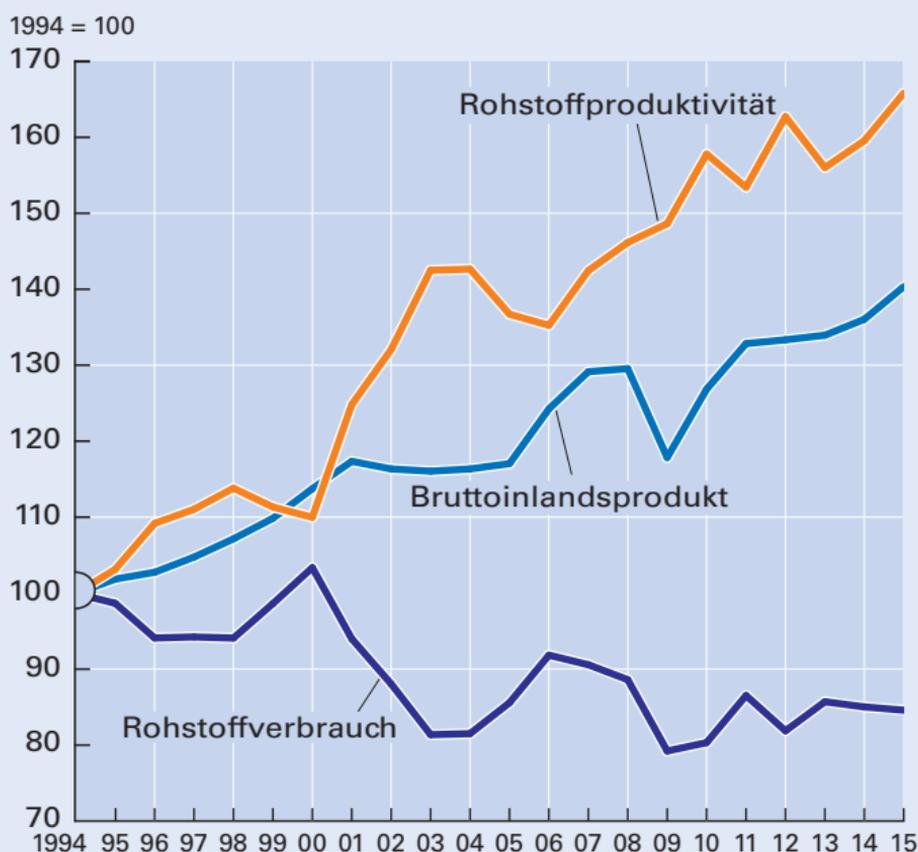
Rohstoffverbrauch und -produktivität

		1994	2015
	Einheit		
Verwertete Rohstoffentnahme im Land insgesamt	1 000 t	140 829	103 288
nicht erneuerbare Rohstoffe	1 000 t	120 373	82 445
Energieträger	1 000 t	384	469
Mineralische Rohstoffe	1 000 t	119 989	81 976
Baumineralien	1 000 t	115 175	77 818
Einfuhr nicht erneuerbarer Stoffe/Güter aus dem Ausland	1 000 t	34 423	46 474
Empfang minus Versand aus/in andere(n) Bundesländer(n) (nicht erneuerbarer Stoffe/Güter)	1 000 t	2 132	3 916
Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe (Rohstoffverbrauch) ¹⁾	1 000 t	156 928	132 835
Rohstoffproduktivität	EUR/t	.	3 465
	1994 = 100	100	166
Ausfuhr nicht erneuerbarer Güter ins Ausland	1 000 t	18 802	28 329

1) Summe aus Entnahme, Einfuhr und Empfang sowie Versand nicht erneuerbarer Stoffe, Güter.

Rohstoffverbrauch und Rohstoffproduktivität

– Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zum Verbrauch an nicht erneuerbaren Rohstoffen –



Datenquelle: Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“

Ziel: Baden-Württemberg unterstützt das Ziel des Bundes, die Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln.

Trend: Im Jahr 2015 stieg die Rohstoffproduktivität gegenüber dem Vorjahr deutlich um über 6 Prozentpunkte an bei einem gleichzeitigen leichten Rückgang des Rohstoffverbrauchs. Dies zeigt, dass weiterhin eine Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wirtschaftswachstum, dargestellt durch das BIP, stattfindet.

Treibhausgas-/Luftschadstoff-Emissionen

Emissionen an Treibhausgasen (THG)

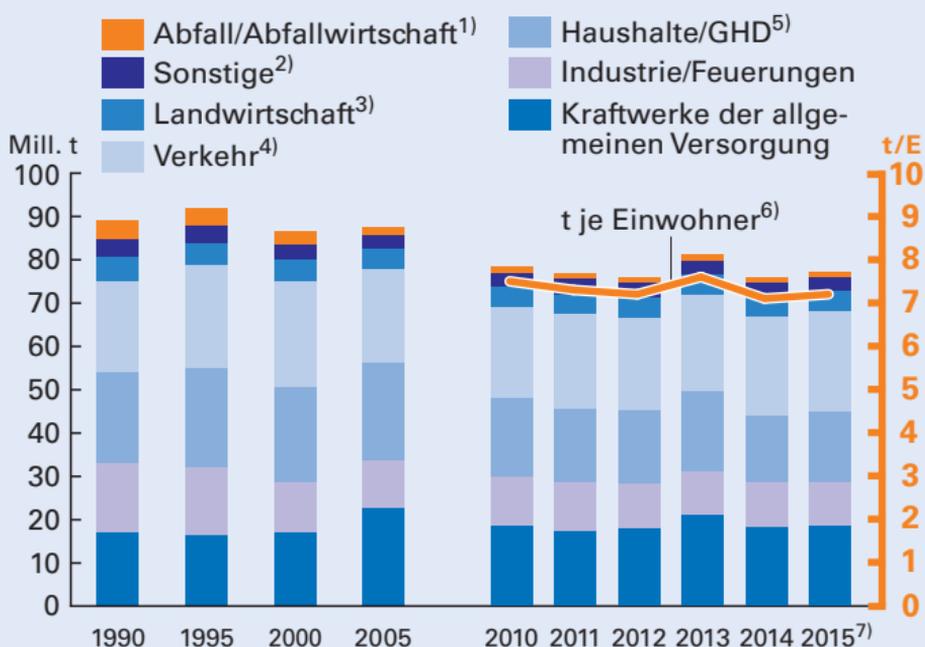
	Einheit	2000	2015 ¹⁾
	1 000 t CO ₂ -Äquivalente	86 487	77 221
	1990 = 100	97	87
je Einwohner	t	8,3	7,2
Distickstoffoxid (N ₂ O)	% der THG	3,5	3,4
	1990 = 100	99	86
Methan (CH ₄)	% der THG	7,7	5,6
	1990 = 100	76	49
Kohlendioxid (CO ₂)	% der THG	88,8	91,0
	1990 = 100	99	91
CO ₂ -Emissionen energiebedingt ²⁾	1 000 t	74 181	67 407
je Einwohner ³⁾	t	7,2	6,2

Stickstoffoxid-Emissionen

	1990 = 100	2000	2014 ¹⁾
davon Kraftwerke der allg. Versorgung	1990 = 100	73	47
Industrie/ Feuerungen	1990 = 100	53	67
Haushalte/ GHD ⁴⁾	1990 = 100	63	37
Verkehr	1990 = 100	97	65
	1990 = 100	75	45

1) Vorläufige Werte. – 2) Ohne internationalen Luftverkehr. – 3) Jahresmittel, Basis Zensus 2011. – 4) Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher wie Landwirtschaft, Baugewerbe usw.

Treibhausgasemissionen (CO₂, CH₄, N₂O) – in CO₂-Äquivalenten –



1) Hausmülldeponien, Kompostierung, mechanisch-biologische Anlagen, Vergärungs- und Biogasanlagen, kommunale und industrielle Kläranlagen, Sickergruben. – 2) Prozesse, Produktverwendung, Diffuse Emissionen aus Energieträgern. – 3) Landwirtschaft ohne Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft. – 4) Straßenverkehr, sonstiger Verkehr (ohne internationalen Flugverkehr), Off-Road-Verkehr. – 5) Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, übrige Verbraucher. – 6) Einwohner im Jahresmittel. Berechnung Basis Zensus 2011. – 7) Vorläufige Werte. – Berechnungsstand: Herbst 2017.

Ziel: Im Jahr 2020 sollen in Baden-Württemberg gegenüber dem Jahr 1990 25 % weniger Treibhausgase emittiert werden. Bis 2050 wird eine Minderung um 90 % gegenüber 1990 angestrebt.

Trend: Die Treibhausgasemissionen lagen 2015 etwa 1,6 % über dem Vorjahr. Gegenüber dem Referenzjahr 1990 sanken die Emissionen um rund 13 %. Der Anstieg gegenüber 2014 ist vor allem auf den höheren Heizenergiebedarf im Sektor Haushalte und sonstige Kleinverbraucher (Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher) sowie auf den Anstieg der Fahrleistungen im Bereich Verkehr zurückzuführen.

Luftqualität, Immissionen

Anzahl der Stationen mit Grenzwertüberschreitungen

Partikel PM₁₀ Jahresmittelwerte¹⁾

	Einheit	2015	2016
Spotmessstellen verkehrsnah ²⁾	Stationen	0 von 8	0 von 11
Verkehrsmessstationen	Stationen	0 von 8	0 von 8
Städtischer Hintergrund	Stationen	0 von 26	0 von 26
Ländlicher Hintergrund	Stationen	0 von 2	0 von 2

Partikel PM₁₀ Tagesmittelwerte³⁾

Spotmessstellen verkehrsnah ²⁾	Stationen	1 von 8	1 von 11
Verkehrsmessstationen	Stationen	0 von 8	0 von 8
Städtischer Hintergrund	Stationen	0 von 26	0 von 26
Ländlicher Hintergrund	Stationen	0 von 2	0 von 2

Stickstoffdioxid Jahresmittelwerte¹⁾

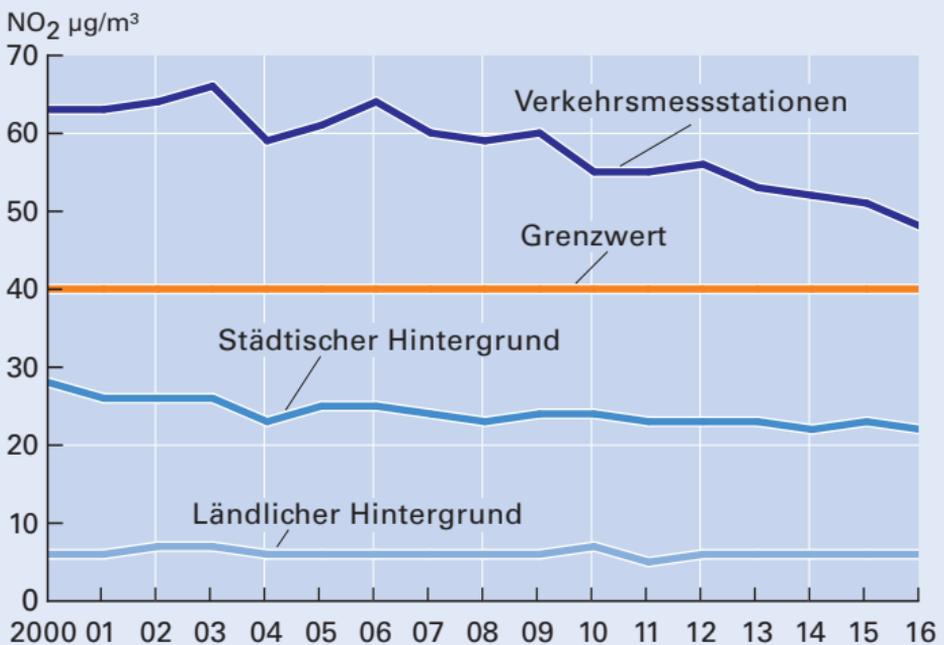
Spotmessstellen verkehrsnah ²⁾	Stationen	20 von 21	23 von 25
Verkehrsmessstationen	Stationen	7 von 8	4 von 7
Städtischer Hintergrund	Stationen	0 von 26	0 von 26
Ländlicher Hintergrund	Stationen	0 von 2	0 von 2

Ozon 8-Stundenmittelwert⁴⁾

Städtischer Hintergrund	Stationen	17 von 26	18 von 26
Ländlicher Hintergrund	Stationen	1 von 2	1 von 2

1) Grenzwert: 40 µg/m³. – 2) Anzahl, Standorte und Messumfang der Spotmessstellen ändern sich jährlich. Die Kenngrößen sind dadurch nicht mit anderen Jahren vergleichbar. – 3) Der Tagesmittelwert von 50 µg/m³ darf pro Jahr maximal 35 Mal überschritten werden. – 4) Der Zielwert von 120 µg/m³ darf pro Jahr maximal 25 Mal überschritten werden (gemittelt über drei Jahre). Ozon wird nicht an verkehrsnahen Stationen gemessen.

Stickstoffdioxid (NO₂)-Immissionen – Jahresmittelwerte –



Ziel: Zum Schutz der menschlichen Gesundheit darf laut der Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen (39. BImSchV) der Immissionsgrenzwert für NO₂ (gemittelt über ein Kalenderjahr) von 40 µg/m³ Luft nicht überschritten werden.

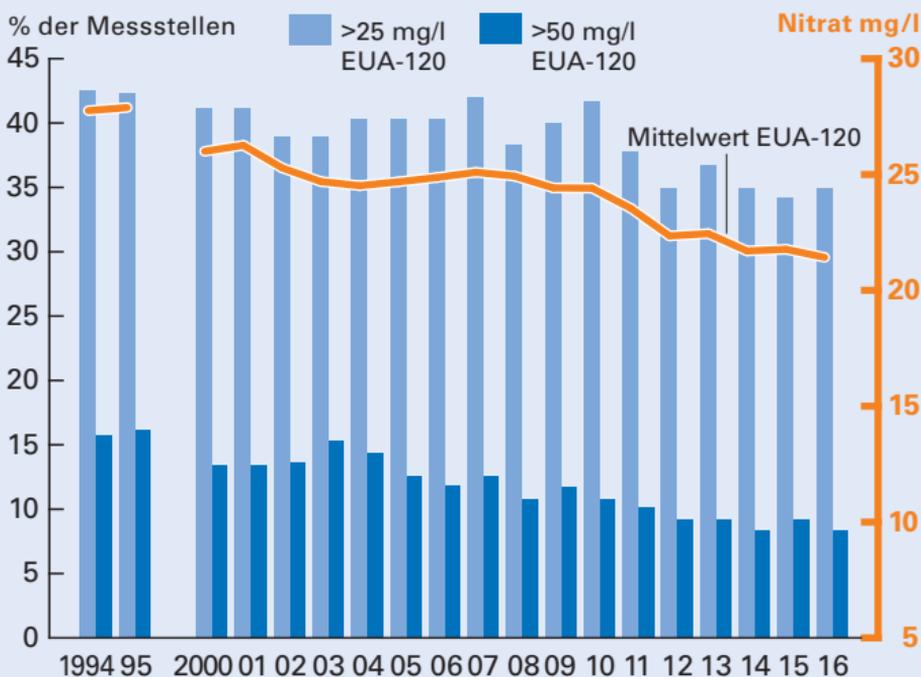
Trend: Die höchsten Stickstoffdioxidbelastungen treten an den verkehrsnahen Messstellen auf. Die hier gemessenen Jahresmittelwerte liegen alle über dem Immissionsgrenzwert von 40 µg/m³. Insgesamt ist in Verkehrsnähe sowie im städtischen Hintergrund ein leicht abnehmender Trend der Immissionsbelastung erkennbar.

Wasserversorgung

		1991	2013
	Einheit		
Wassergewinnung insgesamt	Mill. m ³	6 867,7	4 062,3
Grundwasser	Mill. m ³	582,8	466,5
Quellwasser	Mill. m ³	175,9	143,4
Oberflächenwasser	Mill. m ³	6 109,0	3 452,4
Wasserbedarf der Wirtschaft insgesamt	Mill. m ³	6 150,1	3 439,0
darunter			
zur Kühlung	Mill. m ³	5 755,5	3 215,5
als Produktionswasser	Mill. m ³	394,6	207,3
Öffentliche Trinkwasserversorgung			
Abgabe an Haushalte und Kleingewerbe	Mill. m ³	506,5	448,4
Trinkwasserverbrauch je Einwohner und Tag	l	140	116
		1991	2017
Trinkwassergebühren¹⁾			
verbrauchsabhängige Gebühr	EUR/m ³	1,07	2,12
monatliche Grundgebühr	EUR	1,65	3,57
		1994	2016
Nitrat im Grundwasser			
Messstellen >25 mg/l	%	42,6	35,0
Messstellen >50 mg/l	%	15,7	8,3
Mittelwert	mg/l	27,8	21,4

1) Nach Einwohnern gewichtet; einschließlich Mehrwertsteuer.

Nitrat im Grundwasser – Anteil der Messstellen mit Gehalten größer 25 mg/l bzw. 50 mg/l und Mittelwert –



Ziel: Das Ziel in Baden-Württemberg ist die Erhaltung eines guten Zustands des Grundwassers gemäß Wasserrahmenrichtlinie bzw. der Grundwasserverordnung. Dazu darf die Nitratkonzentration 50 mg/l nicht überschreiten.

Trend: Betrachtet werden 120 flächenrepräsentativ ausgewählte Messstellen (EUA-Messnetz). Der Mittelwert der Nitratbelastung des Grundwassers sowie der Anteil der Messstellen, an denen Nitratgehalte über 50 mg/l bzw. 25 mg/l gemessen wurde, zeigen einen rückläufigen Trend. Im Jahr 2016 wurde der Schwellenwert der Grundwasserverordnung an zehn Messstellen überschritten.

Abwasser und Klärschlamm

In zentralen Kläranlagen behandeltes öffentliches Abwasser¹⁾

	Einheit	1991	2013
	Mill. m ³	1 393,8	1 730,0
mit Nitrifikation	%	44,9	99,6
mit Denitrifikation	%	24,0	97,7
mit Phosphatelimination	%	41,2	94,0
Länge der öffentlichen Kanalisation	km	50 560	73 927
Volumen der Regenbecken	1 000 m ³	2 443,8	5 663,6

Abwassereinleitungen der Wirtschaft insgesamt²⁾

	Mill. m ³	6 070,0	3 334,5
Indirekteinleitungen	Mill. m ³	102,9	66,8
Direkteinleitungen	Mill. m ³	5 967,1	3 267,8
Kühlwasser	Mill. m ³	5 748,5	3 125,3

Abwassergebühren³⁾

		1991	2017
Einheitsgebühr ⁴⁾	EUR/m ³	1,12	3,07
gesplittete Abwassergebühr			
Schmutzwasser	EUR/m ³	.	1,94
Niederschlagswasser	EUR/m ³	.	0,47

Biologische Gewässergüte (Makrozoobenthos – Saprobie)

		1991	2014
Anteil der untersuchten und bewerteten Stellen in Fließgewässern mit der Zustandsklasse gut oder besser	%	67,4	92,9

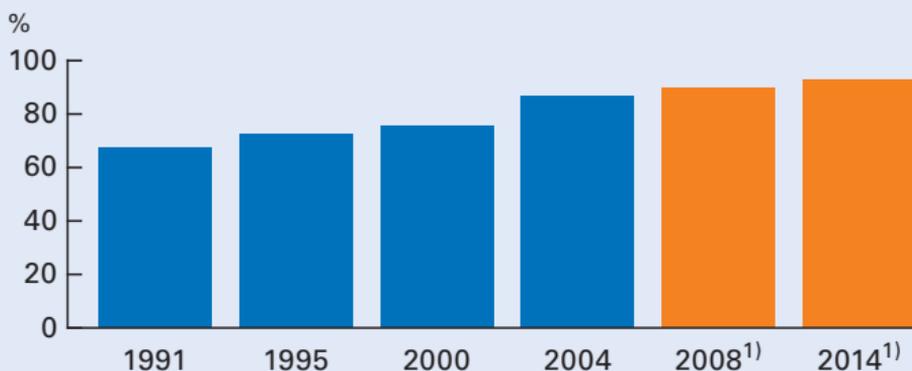
Kommunaler Klärschlamm

		1991	2016
Klärschlammaufkommen insgesamt (Trockensubstanz)	1 000 t	385,6	232,0
verbrannt (Mono- und Mitverbrennung) ⁵⁾	%	8,9	96,4
landwirtschaftlich verwertet	%	17,8	0,9
landschaftsbaulich verwertet ⁶⁾	%	13,7	2,7
deponiert	%	59,6	–

1) Einschließlich in Industriekläranlagen behandeltes öffentliches Abwasser. – 2) 2013 überhöht um 4,2 Mill. m³ in Industriekläranlagen behandeltes öffentliches Abwasser. – 3) Nach Einwohnern gewichtet. – 4) 1991: 1 111 Gemeinden, 2017: 30 Gemeinden. – 5) Einschließlich Vergasung sowie an Kläranlagen in anderen Bundesländern abgegebener Klärschlamm. – 6) Rekultivierung, Kompostierung, sonstige stoffliche Verwertung.

Biologische Gewässergüte (Makrozoobenthos – Saprobie)

– Anteil der untersuchten Stellen in Fließgewässern, die die Zustandsklasse gut oder besser erreicht haben –



1) Wesentliche Änderung in der Methodik, jetzt Biologisches Monitoring nach Wasser-rahmenrichtlinie-Modul Saprobie.

Ziel: Ziel ist das Erreichen einer mindestens guten Zustandsklasse gemäß EU-Wasser-rahmenrichtlinie (2000/60/EG).

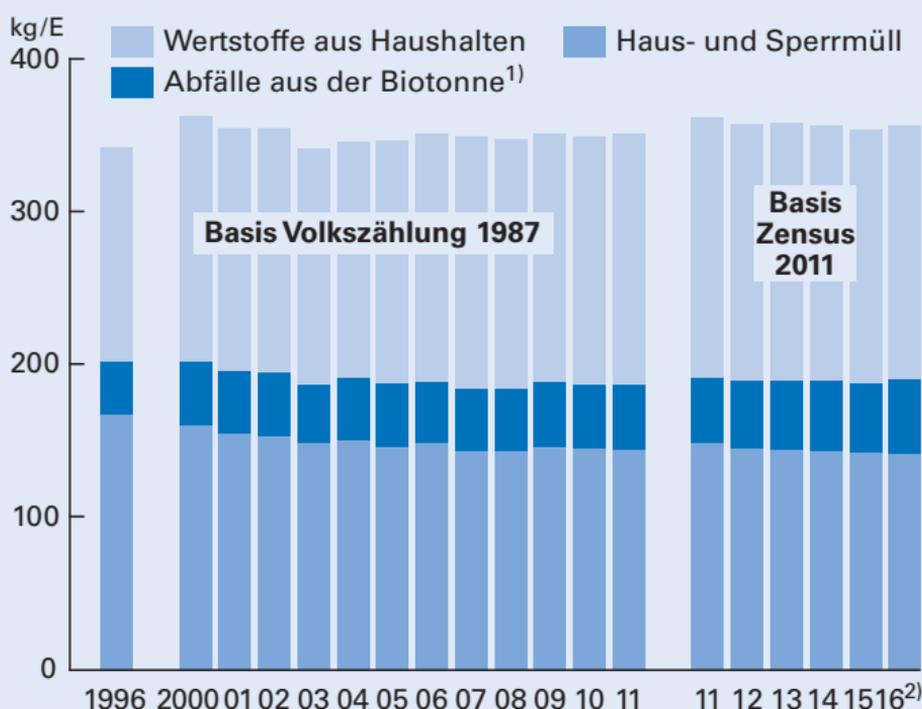
Trend: Über 90 % der Untersuchungsstellen haben aufgrund der verbesserten Abwasserreinigung und Regenwasserbehandlung mindestens den guten saprobiellen Zustand erreicht.

Abfall – Aufkommen und Verwertung

		1996	2016 ¹⁾
Gesamtabfallaufkommen	Einheit		
	1 000 t	45 931,9	50 246,3
Verwertung	%	74,8	88,8
Abgabe von Abfällen an die Natur	1 000 t	28 600,4	38 457,0
Deponierung	1 000 t	11 264,8	5 568,2
Siedlungsabfälle	1 000 t	5 679,2	6 025,2
Haus- und Sperrmüll	1 000 t	1 726,8	1 529,2
je Einwohner ²⁾	kg	166,9	140,6
Deponierung	%	74,6	–
Behandlung, Verwertung	%	25,4	100
Wertstoffe aus Haushalten	1 000 t	1 462,7	1 802,8
je Einwohner ²⁾	kg	141,4	165,7
Abfälle aus der Biotonne	1 000 t	348,7	535,6
je Einwohner ²⁾	kg	33,7	49,2
Abfälle aus Produktion und Gewerbe	1 000 t	2 031,2	2 627,4
Bau- und Abbruchabfälle (Baumassenabfälle)	1 000 t	37 225,4	39 689,6
Verwertung	%	76,6	87,1
Gefährliche Abfälle (Sonderabfälle)	1 000 t	640,4	1 669,4
verunreinigte Böden und Bauschutt	1 000 t	174,6	822,5
gefährliche Abfälle aus Produktion und Entsorgung	1 000 t	465,8	846,8

1) Vorläufige Werte. Gefährliche Abfälle mit Vorjahresdaten. – 2) 1996: Berechnung Basis Volkszählung 1987, 2016: Berechnung Basis Zensus 2011 mit Bevölkerungsstand 31.12.2015.

Pro-Kopf-Aufkommen an Haus- und Sperrmüll, Abfällen aus der Biotonne und Wertstoffen aus Haushalten



1) Keine ganzjährige flächendeckende Erfassung. – 2) Berechnet mit Bevölkerungsstand 31.12.2015.

Ziel: Ziel ist die weitere Verringerung des durchschnittlichen einwohnerbezogenen Hausmüllaufkommens. Gleichzeitig sollen die Erfassungsmengen von Bioabfall und von Wertstoffen erhöht werden.

Trend: Das gesamte Abfallaufkommen ist seit Jahren nahezu konstant. Durch die flächendeckende Einführung der Biotonne soll eine erhebliche Steigerung des Bioabfallaufkommens auf 60 kg/(E·a) im Jahr 2020 erreicht werden. Im Jahr 2016 hat sich das Aufkommen an häuslichen Bioabfällen im Vergleich zum Vorjahr von 45 kg/(E·a) auf 49 kg/(E·a) erhöht.

Umweltökonomie

		1996	2014
	Einheit		
Ausgaben für den Umweltschutz insgesamt	Mill. EUR	4 454,4	5 527,3
Anteil am Bruttoinlandsprodukt	%	1,7	1,3
Ausgaben der öffentlichen Hand			
Abfallentsorgung	Mill. EUR	1 401,2	1 705,3
Sachinvestitionen	%	19,3	4,2
Laufende Ausgaben	%	80,7	95,8
Abwasserbeseitigung	Mill. EUR	1 572,8	1 754,8
Sachinvestitionen	%	56,0	39,2
Laufende Ausgaben	%	44,0	60,8
Ausgaben für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe¹⁾	Mill. EUR	1 480,4	2 067,3
Investitionen ²⁾	%	14,5	24,6
Laufende Ausgaben ³⁾	%	85,5	75,4
		1997	2015
Umsätze mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz²⁾	Mill. EUR	1 196,9	12 188,4
Umweltmanagement			
EMAS-registrierte Betriebe und Organisationen	Anzahl	353 ⁴⁾	396 ⁵⁾

1) Zur besseren Vergleichbarkeit, Angaben zum Produzierenden Gewerbe auch ab 2008 ohne Wirtschaftsabschnitte Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Beseitigung von Umweltverschmutzungen (WZ 2008). – 2) Seit 2006 einschließlich Umweltbereich Klimaschutz. – 3) Ausgaben für den Betrieb eigener Anlagen und sonstige Aufwendungen. – 4) Wert für 2007 – 5) Stand 07.09.2017.

Beschäftigte mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz nach Wirtschaftszweigen



1) Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Ziel: Es wird ein überproportionales Wachstum bei den Beschäftigten für den Umweltschutz angestrebt.

Trend: Von 2006 bis 2011 stiegen die Beschäftigtenzahlen im Umweltschutzsektor um mehr als das Doppelte. Nach drei Jahren mit relativ geringen Schwankungen nahmen 2015 die Beschäftigtenzahlen vor allem im Umweltschutzsektor des Verarbeitenden Gewerbes wieder deutlich zu.



So erreichen Sie uns:

Landesanstalt für Umwelt
Baden-Württemberg
Postfach 10 01 63
76231 Karlsruhe
Telefon 0721/5600-0 Zentrale
Telefax 0721/5600-14 56
poststelle@lubw.bwl.de

www.lubw.baden-wuerttemberg.de

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Fotonachweis: © LUBW

Stand der Daten: Oktober 2017

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2017
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT